



EVP-ED



EUROPA-AKTUELL

Januar/Februar 2009

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments



Liebe Leserinnen und Leser,

auch zum Jahreswechsel und in den vergangenen Wochen haben uns im Europäischen Parlament die internationalen Entwicklungen und Ereignisse beschäftigt: Besonders der Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland hat verdeutlicht, dass eine gemeinsame europäische Energiepolitik zwingend notwendig ist. Eine "Gaspromisierung" unserer europäischen Energiemärkte und eine Abhängigkeit von der Willkür der Gas-Transitländer muss verhindert werden!

Mit gemeinsamen europäischen Zielen und Regeln könnten wir eine europäische Energieversorgung besser sichern und zugleich mehr Wettbewerb auf dem europäischen Energiemarkt schaffen. Außerdem brauchen wir die stärkere Diversifizierung der Transportwege und der Bezugsländer für Erdgas.

Auch verflüssigtes Erdgas (LNG) muss verstärkt genutzt werden. Pläne für zahlreiche Anlagen existieren bereits, allerdings stockt auch hier derzeit die Umsetzung. Der erneute Gasstreit zeigt, dass wir es uns nicht länger leisten können zu zögern. Unverzichtbar ist auch ein breiter Energiemix, um einseitige Abhängigkeiten zu verhindern. Dies schließt auch die Kernenergie ein. Es ist nicht möglich, auf einen Schlag die gesamte Grundlast durch erneuerbare Energien zu ersetzen, schon allein aufgrund der hohen Kosten einer solchen 'Energierévolution'. Besonders wichtig ist die Erhöhung der Energieeffizienz. Hier kann gerade im Gebäudesektor viel getan werden.

Das Europäische Parlament hat sich in dem 17.12.2008 beschlossenen Klimapaket entsprechend geäußert. Die Lissabon-Strategie die zum Ziel hat, die EU innerhalb von zehn Jahren, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, bietet besonders in der Energiepolitik zahlreiche neue Ansätze. Die aktuellen Geschehnisse haben eines gezeigt: Energiepolitik muss endlich einheitliche Europapolitik werden!

Mit freundlichen Grüßen
Reimer Böge

Primärenergieverbrauch nach Energieträgern

Anteile in %

Energieträger	2005	2006	2007
Mineralöl	36	35,6	33,8
Steinkohle	13	13,2	14,1
Braunkohle	11	10,8	11,7
Erdgas, Erdölgas	22	22,6	22,7
Kernenergie	12	12,5	11,1
Wasser- und Windkraft ¹⁾³⁾	1	1,2	1,6
Außenhandelsaldo Strom	-0,2	0,0	0,1
Sonstige ²⁾	5,0	4,1	5,0

1) Windkraft ab 1995

2) u.a. Brennholz, Brenntorf, Klärschlamm, Müll, sonstige Gase

3) incl. Fotovoltaik



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

letzte Änderung: 18.01.2008

Bild: Der Anteil von Erdgas und Erdölgas an der Deutschen Energiewirtschaft hat in der Vergangenheit kontinuierlich zugenommen. Ein Großteil des Erdgases kommt aus Russland (35%). (Bild: Bundesministerium der Wirtschaft und Technologie)

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Energienetze

Die Kommission hat ein Grünbuch über transeuropäische Energienetze angekündigt. Schätzungen zufolge müssen für das Stromnetz und für die Erzeugungskapazitäten in der EU zwischen 2008 und 2030 bis zu 1 Billion € und 150 Mrd. € für die Gasnetze investiert werden (ohne Importleitungen aus Drittländern). Die im Grünbuch vorgestellte Strategie stützt sich auf drei Säulen:

1. Die Energienetze müssen den Umstieg auf erneuerbare, effiziente und kohlenstoffemissionsarme Energieformen unterstützen.
2. Gefördert werden soll ein lückenloses Netz, das grenzüberschreitende und regionale Verbindungsleitungen umfasst und die dezentrale Erzeugung einbezieht.
3. Die zur Verfügung stehenden EU-Mittel müssen optimal genutzt werden.

Als Beispiele für die Art von Vorhaben, die von der EU gefördert werden sollten, werden im Grünbuch u.a. genannt ein baltischen Verbundplan für die lückenlose Vernetzung der EU-Ost- und Nordsee-Anrainerstaaten und ein Nordsee-Offshore-Wind-Energienetz. Ein Konsultationsverfahren zum Grünbuch ist vorgesehen.

Erdgasversorgung

Die Kommission hat eine Mitteilung über die Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung vorgelegt. Mit dieser Mitteilung soll eine Diskussion zwischen den Mitgliedstaaten und den beteiligten Akteuren eröffnet werden, um eine Überarbeitung der Richtlinie über die Sicherheit der Erdgasversorgung (2004/67/EG) vorzubereiten. Dabei geht es insbesondere auch um die Entwicklung eines Notfallplans auf EU-Ebene. Erdgas ist derzeit der zweitwichtigste Energieträger im Energiemix der EU mit einem Anteil von etwa 25% ihres Bruttoinlandsverbrauchs.

Medienkompetenz

Das Parlament hat eine EntschlieÙung zur Medienkompetenz der EU-Bürger verabschiedet. Die Kommission wird aufgefordert, einen entsprechenden Aktionsplan aufzustellen. Dadurch soll den EU-Bürgern geholfen werden, unterschiedliche Medien eigenständig zu nutzen, zu verstehen und kritisch zu bewerten sowie selbst zu kommunizieren und Medieninhalte zu schaffen und zu verbreiten. Die vier Hauptforderungen des Parlaments zur Medienerziehung sind:

Lehrerbildung: Lehrerinnen und Lehrer aller Fächer und Schularten sollen im Zuge der Aus- und Fortbildung sowohl über den Einsatz audiovisueller Unterrichtsmittel als auch über die Probleme der Medienerziehung intensiv geschult werden.

Schulen: Medienerziehung soll integraler Bestandteil des Lehrplans in allen Schulstufen sein. Dabei muss die jeweilige Entwicklungsstufe der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden.

Universitäten: Für Universitäten wird eine Verankerung von Medienerziehung in den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen vorgeschlagen, z.B. kritischer Umgang mit Suchmaschinen.

ältere Personen: Ältere Menschen mit eingeschränkter Mobilität haben durch die digitalen Netze die Möglichkeit, sich stärker am Gesellschaftsleben zu beteiligen, und können dadurch ihre Lebensqualität steigern. Die Medienarbeit mit älteren Personen soll an den Orten erfolgen, wo sie sich aufhalten, z.B. Vereine, Alten- und Pflegeheime, Einrichtungen des betreuten Wohnens, Freizeit- und Hobbygruppen, Initiativen oder Seniorenkreise.

Offshore-Windanlagen

Die Kommission hat eine Mitteilung über Offshore-Windanlagen vorgelegt. Mit dieser Mitteilung soll eine umfassende grenzübergreifende Zusammenarbeit für die gemeinsame Nutzung von Erfahrungen und eine bessere Koordinierung in folgenden Bereichen erreicht werden: Stromnetze und maritime Raumplanung, Regulierungspraktiken hinsichtlich Investitionen in Verbindungsleitungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen für Windparks.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Die Kommission hat eine Mitteilung zur Kraft-Wärme-Koppelung vorgelegt. Darin wird zur Förderung der KWK eine Überarbeitung der KWK-Richtlinie 2004 angekündigt. KWK trägt etwa 2 % zur Realisierung der „20-20-20 Strategie“ bei. Darüber hinaus unterstützt sie die Bemühungen zur CO₂-Reduzierung und verringert die Netzverluste.

Woche der Energien 2009

Im Februar findet die Woche der nachhaltigen Energien statt. Vom 09. bis 13. Februar sind Vorträge mit den Schwerpunkten „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizienz“ vorgesehen. Beispiele und Erfahrungen aus den verschiedenen Regionen Europas werden präsentiert und ein Podium zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch angeboten. Im Kern geht es um die Frage, mit welchen Projekten die drei Ziele der EU – 20 % CO₂-Einsparung, 20 % erneuerbare Energien und 20% Energieeffizienz bis zum Jahr 2020– in Städten umgesetzt werden können. Bei der Sustainable Energy Week sind Repräsentanten von Städten aus ganz Europa vertreten. Mehrere tausend Teilnehmer werden in Brüssel erwartet.

Das Programm und weitere Einzelheiten unter

http://ec.europa.eu/news/energy/080128_2_de.htm

EU Klimapaket

Das Parlament hat am 17.12.2008 das Klimapaket verabschiedet. Damit soll der Ausstoß von Treibhausgasen um 20 % reduziert, der Anteil erneuerbarer Energiequellen auf 20 % gesteigert und die Energieeffizienz um 20 % (sog. „20-20-20 Strategie“) erhöht werden. Bis 2020 müssen u.a. mindestens 10 % aller Kraftstoffe im EU-Verkehrssektor aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Dieser Anteil schließt sowohl Biokraftstoffe der ersten und zweiten Generation als auch Wasserstoff und Strom ein, der aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird. Dabei werden Biokraftstoffe der zweiten Generation doppelt gut geschrieben, da sie z.B. aus Abfall, Holzresten oder Algen gewonnen werden und daher nicht mit der Nahrungsmittel- oder Futtermittelproduktion konkurrieren. Deutschland muss bis 2020 seinen Anteil an erneuerbaren Energien auf 18 % steigern. Ein weiterer Schwerpunkt sind bestimmte Bereiche, in denen für jedes EU-Mitgliedsland entsprechend ihres Bruttoinlandsprodukts festgelegt ist, in welcher Höhe der Ausstoß an Treibhausgasen

prozentual zu verringern ist. Dabei handelt es sich um die Bereiche Heizungen und Klimaanlage, Verkehr, kleine Industrieanlagen, die Dienstleistungsbranche sowie die Landwirtschaft, die zusammen für etwa 60 % der europäischen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Das Reduktionsziel beträgt für Deutschland in diesen Bereichen 14%.

Beihilfeverfahren

Die Kommission arbeitet an einem Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren. Der Kodexentwurf legt fest, wie das sog. Notifizierungsverfahren von Beihilfen hinsichtlich seiner Dauer, Transparenz und Berechenbarkeit in der Praxis abzulaufen hat. Der Verwaltungsaufwand soll gesenkt und die Qualität der Anmeldungen soll verbessert werden. Dafür sollen beihilfenrechtliche Auskunftersuche gebündelt und Pränotifizierungsgespräche regelmäßig angeboten werden.

Europa für Bürgerinnen und Bürger

Es gibt eine neue Version des Programmleitfadens „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Die meisten Änderungen betreffen die Aktualisierung und Vereinfachung der Zuwendungskriterien, die neuen Prioritäten für 2009 und den neuen und flexibleren Zeitplan für den Bereich Städtepartnerschaften. Insbesondere wurde die Aktion 1 des Programms umstrukturiert, um den Zugang zu erleichtern.

Für die Aktionen

- Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften und
- Bildung thematischer Netzwerke zwischen Partnerstädten.

sind die Antragsfristen vom Februar auf den 1. März verschoben worden. Der Programmleitfaden (109 Seiten) - derzeit nur in Englisch - wird in Kürze in allen Amtssprachen veröffentlicht.

Der Leitfaden unter:

http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/guide/documents/programme_guide_2009_en.pdf

Weitere Informationen und Ausschreibungen sind verfügbar auf den Websites:

http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index_de.htm

Pressemitteilungen:

1.) Neue Gesetzgebung bei Pflanzenschutzmitteln: Verhandlungserfolg der Christdemokraten gewährleistet tragfähigen Kompromiss

Mit großer Mehrheit stimmten heute die Europaabgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg für ein neues EU-Gesetzespaket bei Pflanzenschutzmitteln.

Eckpunkte des neuen Gesetzespakets sind:

- Nationale Aktionspläne, mit denen die Mitgliedstaaten Zielvorgaben zur Risikoreduzierung beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln festsetzen. Dazu gehören Abstandsregelungen zu Gewässern, die national entsprechend der klimatischen Bedingungen, dem Boden und der Pflanzenart ausgerichtet werden. Die Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie gilt als Grundlage für den Gewässerschutz.
- Konkrete Vorgaben für die Aus- und Fortbildung und die Information aller Anwender. Geräte und Maschinen, die zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln benutzt werden, müssen alle drei Jahre eine technische Überprüfung durchlaufen. Der Geräte-TÜV, den es in Deutschland bereits gibt, wird EU-weit verpflichtend.
- Alle Stoffe, die Krebs verursachen, das Erbgut schädigen, oder die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen, werden vom Markt verschwinden. Das bringt mehr Gesundheitsschutz für Verbraucher und Landwirte. Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln wird es in Zukunft statt 27 nationalen nur noch drei europäische Zulassungszonen geben. Innerhalb der Zonen herrscht das Prinzip der verpflichtenden gegenseitigen Anerkennung.
- Alle Mitgliedstaaten müssen bis 2014 die allgemeinen Leitlinien des integrierten Pflanzenschutzes umsetzen. Es wurden keine kultur- und sektorspezifischen Normen festgesetzt.

"Die heute im Plenum beschlossene Regelung stellt einen tragfähigen Kompromiss dar", so der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU). "Qualitativ und quantitativ hochwertige Lebensmittelversorgung zu angemessenen Preisen und vorsorgender Verbraucherschutz werden mit dem neuen Gesetzespaket zusammengeführt." Böge wies weiter darauf hin, dass das heutige Abstimmungsergebnis zwar nicht alle Fragen abschließend beantwortet, dass jedoch überzogene und falsche Beschlüsse verhindert werden konnten. "Insgesamt wird das europäische Schutzniveau in vielen Punkten an unser deutsches Niveau angepasst", so Böge. "Das ist ein schöner Verhandlungserfolg, den die Christdemokraten im Europäischen Parlament für Landwirte und Verbraucher in Schleswig-Holstein durchgesetzt haben."

2.) Angehörige der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes sollen weiter schwere Einsatzfahrzeuge fahren dürfen.

Der Bundesrat hat auf seiner letzten Sitzung grünes Licht gegeben, damit Angehörige der Feuerwehren, der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes mit einem EU-Führerschein für PKW auch weiterhin schwere Einsatzfahrzeuge fahren dürfen. Wie der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge dazu weiter mitteilte, dürften Autofahrer mit dem neuen EU-Führerschein der Kategorie B - anders als mit der bisherigen Führerscheinklasse 3 - normalerweise keine LKW über 3,5 Tonnen Gewicht mehr fahren. „Die EU-Führerscheinrichtlinie vom 20. Dezember 2006 sieht aber Ausnahmen vor. Sie ermöglicht den Mitgliedstaaten, Fahrzeuge, die von den Streitkräften und dem Katastrophenschutz eingesetzt werden oder deren Kontrolle unterstellt sind, von der Anwendung dieser Richtlinie auszuschließen. Hierunter sind auch Kraftfahrzeuge der Feuerwehren, der Rettungsdienste sowie der technischen Hilfsdienste zu verstehen,“ so der Europaabgeordnete.

Reimer Böge begrüßte die Entscheidung des Bundesrates und freute sich darüber, dass der Bundesrat die in der EU-Führerscheinrichtlinie vorhandene Ausnahmeregelung aufgegriffen habe, für die sich insbesondere das Europäische Parlament eingesetzt hätte. In diesem Zusammenhang kritisierte Reimer Böge auch das bisherige Versäumnis von Bundesverkehrsminister Tiefensee, die Ausnahmeregelung der EU-Führerscheinrichtlinie in Deutschland umzusetzen.

Mit Blick auf den Bundesratsbeschluss forderte Reimer Böge ihn daher auf, durch eine Änderung der Fahrerlaubnisverordnung endlich eine ausreichende Rechtsgrundlage dafür zu schaffen, dass Angehörige der Feuerwehren, der nach Landesrecht anerkannten Rettungsdienste und der technischen Hilfsdienste sowie Helfer des Katastrophenschutzes mit einer Fahrerlaubnis der Klasse B Einsatzfahrzeuge mit der zulässigen Gesamtmasse bis zu 4,25 Tonnen fahren dürfen. „Es muss schnell gehandelt werden, um die Einsatzbereitschaft der technischen Hilfsdienste, Rettungsdienste und der Feuerwehren zu erhalten. Gerade die Freiwilligen Feuerwehren im ländlichen Raum haben auch nicht das Geld, ihre Mitglieder auf teure und langwierige LKW-Führerscheinkurse zu schicken,“ so Böge abschließend.



Bild: Angehörige der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes sollen weiter schwere Einsatzfahrzeuge fahren dürfen. Gerade für die Freiwilligen Feuerwehren im ländlichen Raum bedeutet dies eine Erleichterung.

(Bild: Deutscher Löschzug)

3.) Balance zwischen europäischer Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz Europäisches Parlament verabschiedet EU-Klimapakete

Die weltweite Finanzkrise und die Verhandlungen zum Energie- und Klimapakete der Europäischen Union (EU) haben in den vergangenen Wochen die politische Arbeit in Brüssel und Straßburg bestimmt. Unmittelbar im Anschluss an den Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 11./12. 12. hat das Europäische Parlament (EP) auf seiner heutigen Plenarsitzung in Straßburg folgende Eckpunkte eines ausgewogenen Klimapakets beschlossen (bei 610 Ja-Stimmen, 60 Nein-Stimmen und 29 Enthaltungen).

CO₂-Emissionen von Neuwagen

Ab 2015 dürfen Neuwagen in der EU durchschnittlich nur noch 130g CO₂/km ausstoßen. Bei Überschreiten der Grenzwerte werden Geldbußen fällig. Als Langzeitziel wurde festgelegt, dass 2020 Autos höchstens 95g CO₂/km ausstoßen dürfen. "Dieses Ziel wird 2013 noch einmal überprüft", so der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des EP Reimer Böge (CDU). "Neben der erreichten Fristverlängerung herrscht nun Klarheit über das weitere Vorgehen und die notwendigen Investitionen. Am wichtigsten ist nun, dass diese Investitionen in Forschung und Entwicklung getätigt werden."

Erneuerbare Energien

Nach zahlreichen Verhandlungsrunden konnten sich Vertreter des EP und der französischen Ratspräsidentschaft auf einen Kompromiss zur Richtlinie über erneuerbare Energien verständigen. Ziel ist es, den Anteil erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung sowie beim Heizen und Kühlen von Gebäuden und im Verkehrssektor in der EU auf insgesamt mindestens 20 % im Jahr 2020 zu erhöhen. Weiter legt der Kompromiss fest, dass bis 2020 mindestens 10 % aller Kraftstoffe im EU-Verkehrssektor aus erneuerbaren Energien gewonnen werden müssen. Dieser Anteil schließt sowohl Biokraftstoffe der ersten und zweiten Generation als auch Wasserstoff und Strom, der aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen wird, ein. "Positiv ist hervorzuheben, dass Biokraftstoffe der zweiten Generation dabei doppelt gut geschrieben werden, da sie aus z.B. Abfall, Holzresten oder Algen gewonnen werden und daher nicht mit der Nahrungsmittel- oder Futtermittelproduktion konkurrieren", lobte Reimer Böge den Kompromiss.

Emissionshandelssystem (ETS)

"Beim ETS war es schwierig eine für alle Mitgliedstaaten akzeptable Lösung zu finden", so Böge. "Respekt für Bundeskanzlerin Merkel, die ganz entscheidend zur Lösungsfindung auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs beigetragen hat. Mehr ist weder im Parlament noch in einer Verlängerung der Verhandlungen durchsetzbar. Alles andere würde eine Überprüfung und ggf. eine Verschlechterung der jetzt gefassten Beschlüsse bedeuten!" Die energieeffizienten, deutschen Stahlhöfen, Zementfabriken und Chemieanlagen können künftig von Gratiszertifikaten profitieren. Diese wird es nur für die technisch besten Anlagen geben. Für Pilotprojekt im Bereich erneuerbarer Energien und der Abscheidung von CO₂ wurden 300 Millionen Zertifikate mit einem Gesamtwert von ca. 9 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Insgesamt rechnet man bis 2020 mit 30 Milliarden Euro Einnahmen durch die Auktionserlöse beim ETS. Somit wurden die ursprünglich angepeilten Kosten für die Industrie und die Energiewirtschaft von ursprünglich ca. 75 Milliarden Euro deutlich verringert. Abschließend betont Böge: "Klimapolitik kann nur erfolgreich sein, wenn ein internationales Abkommen von allen großen Staaten der Welt mitgetragen wird. Die EU ist mit dem nun beschlossenen Klimapakete vorangegangen - nun müssen die anderen folgen! Tun sie das nicht, gehört das ganze Pakete wieder auf den Prüfstand."

4.) Europäisches Parlament verabschiedet EU-Haushalt 2009

Das Europäische Parlament hat heute in zweiter Lesung den EU-Haushalt 2009 mit deutlicher Mehrheit gebilligt. Demnach wird der Haushalt der Europäischen Union im kommenden Jahr einen Umfang von 133,7 Milliarden Euro an Verpflichtungs- und 116 Milliarden Euro an Zahlungsermächtigungen haben, dies entspricht 0.894% des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE). "Damit können wir die Basisnotwendigkeiten der Europäischen Union finanzieren und haben es zugleich geschafft, auch für den neu geschaffenen Lebensmittelnothilfefonds eine Lösung zu finden. Letzteres war allerdings nur möglich unter Nutzung des Flexibilitätsinstruments sowie nach einer entsprechenden Anpassung der Interinstitutionellen Vereinbarung", erklärte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Reimer Böge, heute in Straßburg.

Der Vorsitzende wies in diesem Zusammenhang allerdings darauf hin, dass die erzielte Einigung über den Lebensmittelnothilfefonds eine Überprüfung der bestehenden Instrumente sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch beim EU-Entwicklungshilfefonds zwingend voraussetzt. "Nur so kann dauerhaft eine bessere Lösung und damit günstigere Perspektiven für die Lebensmittelsicherheit in den Entwicklungsländern erreicht werden", so der CDU-Europaabgeordnete weiter. Die Finanzierung dieser neuen Lebensmittelfazilität in Höhe von 1 Milliarde Euro über den dreijährigen Zeitraum von 2008-2010 setzt sich wie folgt zusammen: Anhebung der Obergrenze für die Nothilfe um 240 Millionen für 2008. Dieser Betrag kommt zusätzlich zu dem noch für 2008 und 2009 abrufbaren Betrag von zusammen 100 Millionen Euro. Diese Maßnahme erfordert eine Revision der Interinstitutionellen Vereinbarung. Umschichtungen in Kategorie IV in Höhe von 240 Millionen Euro. Mittel aus dem Flexibilitätsinstrument in Höhe von 420 Millionen Euro. Die Schwierigkeiten bei der haushalterischen Umsetzung des Fonds hätten aber deutlich gemacht, dass eine grundlegende Überarbeitung der Haushaltskategorie 4 (Die EU als globaler Partner) dringend erforderlich sei.

Böge kündigte ferner an, dass die getroffene Vereinbarung zwischen Europäischem Parlament und Rat, die bestehenden Regeln in bestimmten Haushaltsbereichen zu vereinfachen und schneller umzusetzen, insbesondere bei den Strukturfonds sowie bei der ländlichen Entwicklung höhere Zahlungen nach sich ziehen werde. "Sollte es nicht gelingen, die Zahlungsermächtigungen im Laufe des Jahres auf mindestens 120 Milliarden Euro zu erhöhen, muss dies administrative und politische Konsequenzen haben." Im Hinblick auf das von der Kommission vorgeschlagene "Konjunkturprogramm" warnte Böge zudem vor der dauerhaften Etablierung von Schattenhaushalten: "Zusätzliche Aktivitäten der Europäischen Investitionsbank sind richtig und wichtig. Sie dürfen jedoch nicht zu einer Umgehung oder gar zu einer Aushebelung des regulären Haushaltsverfahrens führen".

Der CDU-Europaabgeordnete sicherte auch zu, dass sinnvolle Investitionen für kleine und mittlere Unternehmen, für den Klimaschutz und die Infrastruktur, wie die Schließung von Lücken in den europäischen Energienetzen, oder die Breitbandverkabelung in den ländlichen Regionen, über die vorgesehene Revision von 5 Milliarden Euro hinaus, durchaus wohlwollend geprüft werden. "Wir sind bereit, zügig und offen zu verhandeln", so Reimer Böge abschließend.



2009 sind 24 Sitzungen des Haushaltsausschusses angesetzt. Dies bedeutet intensive Vor- und Nachbereitung.
(Bild: Büro Böge)

Terminauswahl:

09.01.2009	Gespräch mit dem Landesvorstand Bauernverband; Rendsburg
09.01.2009	Grünkohlessen CDU-Ortsverband Kiel Mettenhof
11.01.2009	Neujahrsempfang CDU-Ortsverband Hasloh
12.01.2009	Meinungsaustausch mit dem Vizebotschafter Israels; Straßburg
12.01.2009	Präsidium des Europäischen Parlaments zum Haushalt 2010; Straßburg
13.01.2009	Feierliche Sitzung 10 Jahre EURO; Straßburg
13.01.2009	Konferenz der Ausschussvorsitzenden; Straßburg
13.01.2009	Gespräch mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission Jacques Barrot zur europäischen Immigrationspolitik; Straßburg
14.01.2009	Gespräch mit Kommissionspräsident Barroso; Straßburg
17.-19.01.2009	Grüne Woche (mit Schleswig-Holstein Abend); Berlin
21.-22.01.2009	Sitzung des Haushaltsausschusses; Brüssel
23.-24.01.2009	Klausurtagung CDU-Landesvorstand; Schleswig
28.01.2009	Treffen mit der EIB (Europäische Investitionsbank) zur Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens; Brüssel
28.01.2009	Meinungsaustausch mit Ministerpräsident Seehofer; Brüssel
29.01.2009	Treffen mit dem deutschen Botschafter Peruzzo; Brüssel
02.-05.02.2009	EP-Plenartagung, Straßburg
05.02.2009	Diskussionsveranstaltung zur Haushalts- und Agrarpolitik; Göttingen
06.02.2009	Klausur CDU-Kreisgeschäftsführer, Kiel
06.02.2009	CDU-Kreisparteitag Ostholstein
09.02.2009	Bundesfachausschuss Agrarpolitik, Berlin
10.-11.02.2009	Sitzung des Haushaltsausschusses; Brüssel
12.02.2009	Bürgerforum „Mitreden über Europa“, Rathaus, Kiel
13.02.2009	Neujahrsempfang der CDU Lübeck
16.02.2009	Veranstaltung CDU-Kreisverband Herzogtum-Lauenburg
18.-19.02.2009	EP-Plenartagung, Brüssel
19.02.2009	Veranstaltung Lionsclub Bad Segeberg-Siegesburg, Bad Segeberg
23.-24.02.2009	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
26.02.2009	Kolloquium der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
27.02.2009	Fraktionssitzung, Brüssel
27.02.2009	Veranstaltung CDU-OV Hartenholm
28.02.2009	CDU-Landesdelegiertenversammlung, Kiel

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.europarl.europa.eu/>

JETZT NEU: <http://www.europarltv.europa.eu/StartPage.aspx>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email: reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>